

Positionspapier zu den Koalitionsverhandlungen Baden-Württemberg 2021

Der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH) und der Verband der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg (VHK BW) unterbreiten zu den laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg nachfolgende Vorschläge für die neue Legislaturperiode.

I. Klimastabilen Wald und nachhaltige Forstwirtschaft stärken

- Die Umsetzung der Energiewende zur Erreichung der Klimaziele erfordert einen Umbau der Energie- und Rohstoffversorgung der Wirtschaft.
- Zukunftsorientierte Klimapolitik verlangt dabei eine Verstärkung der Förderung der Schadensbewältigung und Wiederbewaldung für klimastabile Mischwälder. Dabei sollte ein Mindest-Anteil an Nadelholz in der Verjüngung von 50 Prozent sichergestellt werden (der aktuelle Anteil beträgt lediglich 30%).
- Eine schnelle und konsequente Umsetzung der Waldstrategie:
 - Eine deutliche Erhöhung der Förderung und Unterstützung zur Stärkung der Zusammenschlüsse von Privat- und Kommunalwald zur gemeinschaftlichen Holzvermarktung ist enorm wichtig. Dies ist insbesondere nach dem Rückzug von ForstBW aus der gemeinschaftlichen Vermarktung wichtig für Baden-Württemberg.
 - Der zügige Umbau der Wälder zur Anpassung an Klimafolgen mit klimastabilen Baumarten (Nadelholzanteil sichern durch mehr Tanne, Douglasie) muss forciert werden.
- Nutzung, Erholung und Naturschutz müssen weiterhin gleichrangige Ziele bei der Waldbewirtschaftung bleiben. Gesetzliche Regelungen und mögliche weitere Nutzungsbeschränkungen müssen die langfristige, regionale Versorgung der Gesellschaft mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz sichern.
- Deshalb braucht es eine echte und strategisch ausgerichtete Rohstoffpolitik Baden-Württembergs – eine „Baden-Württembergische Rohstoffstrategie“.

II. Industriestandort und Beschäftigung sichern

Holzbauoffensive fortführen

- Die Mittel zur erfolgreich angelaufenen „Holzbauoffensive“ sollten erhöht und die Aktivitäten für mehr nachhaltiges und klimafreundliches Bauen intensiviert werden.
- Dazu sollte zur Nutzung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand vorübergehend ein verbindlicher Mindesteinsatz von Holz bei öffentlichen Bau- und

Beschaffungsvorhaben bzw. der Sanierung eingeführt und landeseigenes Förderprogramm für den Einsatz von Holz im Bauwesen etabliert werden.

- Der zunehmend Laubholzanteil im Wald führt zu einem höheren Anfall von Laubholz, dass derzeit jedoch meist energetisch verwertet wird. Die Schaffung eines Förderprogramms Innenausbau zur Verwendung von Laubholzprodukten soll die höherwertige und stoffliche Nutzung von Laubholz fördern und das Laubholz Technikum unterstützen.
- Ausweitung der Forschungsprogramme zur Steigerung von Material- und Energieeffizienz und für die Entwicklung innovativer Holzprodukte, Forschungstransfer in die Praxis durch Plattformen für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Stärkung der Verkehr- und Logistikinfrastruktur

- Ausbau der Infrastruktur ist unerlässlich für die immer betonte stärkere Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene, dafür bedarf es ein Mehr an Gleisanschlüssen und Verladebahnhöfen.
- Sicherstellung und Erhöhung der Förderung des Waldwegebaus zur Sicherung der Waldwegeinfrastruktur, insbesondere bei temporär erhöhten zulässigen Lkw-Gesamtgewichten zum Abtransport von Schadholz
- Förderung der Anlage von Rohholzlagerplätzen in und außerhalb des Waldes zur Unterstützung des Krisenmanagements in Kalamitätszeiten

Stärkung der Beschäftigung im ländlichen Raum durch Digitalisierung

- Ausbau der Breitbandversorgung durch schnelles Internet muss auch und gerade in den ländlichen Regionen geschehen – dies ist nicht nur relevant für die Bevölkerung, sondern auch für die Betriebe.
- Verstärkung der Digitalisierung der Verwaltung: Das Online-Angebot auf service-bw muss deshalb deutlich ausgebaut werden für mehr Flexibilität und Schnelligkeit.

Bildung und Ausbildung

- Fachkräfte für die Zukunft sichern: Das technische Wissen von Schülerinnen und Schülern sollte schon früh gefördert werden. Dazu müssen Rahmenlehrpläne bereits in der Grundschule einen stärkeren Fokus auf naturwissenschaftliche Fächer legen.
- Für eine zeitgemäße Schul- und spätere Berufsausbildung sollte die Schaffung digitaler Räume und moderne Lernumgebungen vorangetrieben werden. Dafür müssen die digitalen Voraussetzungen sowohl in der Infrastruktur wie in der Ausstattung geschaffen werden

ANSPRECHPARTNER

Tobias Lamer
Politik und Kommunikation
Tel.: +49 160 970 293 62
E-Mail: tobias.lamer@holzindustrie.de